



Da wir der Überzeugung sind, dass kommunales Handeln immer auch Auswirkungen auf globale Strukturen hat, sind wir sehr interessiert an Ihrer und der Position Ihrer Partei zu den im Anhang folgenden Fragen.

Wir würden uns sehr freuen, wenn Sie die Fragen bis zum 15. August beantworten könnten und aufgrund von Barrierefreiheit und Lesbarkeit möglichst nicht mehr als 1000 Zeichen pro Antwort schreiben.

Fairer Handel und Beschaffung

Frage: Münster ist seit 2011 Fair Trade Stadt und wurde im Jahr 2019 zur Vizehauptstadt des Fairen Handels gekürt. Welche eigenen Ideen wollen Sie und Ihre Partei mit einbringen, um 2021 Hauptstadt des Fairen Handels zu werden?

Die kommunale Wähler*innen-Vereinigung „Münster Liste – bunt und international“ tritt erstmals bei einer Kommunalwahl an. Deshalb waren wir in den bisherigen lokalen Diskussionsprozess nicht eingebunden. So haben wir noch keine eigenen Ziele für den Gewinn des Titels „Hauptstadt des Fairen Handels“ festlegen können. In den folgenden Antworten sind aber unsere Ideen konkretisiert, die wir in den Prozess einfließen lassen werden. Grundsätzlich müssen die formulierten Ziele in einem Zertifizierungsprozess regelmäßig überprüft und daraus verbindliche Strategien zum Erreichen der Ziele entwickelt werden.

Frage: Welche konkreten Ziele soll sich die Stadt Münster für eigene nachhaltige und soziale öffentliche Beschaffung geben? Zu welchen Produktgruppen soll die Stadt konkrete Projekte durchführen?

Wir sind der Auffassung, dass alles was möglich ist, aus der Region beschafft werden muss. Dazu möchten wir die Einführung der Kreislaufwirtschaft mit bevorzugt lokalen und regionalen Wirtschaftskreisen für die Stadt Münster verbindlich machen. Generell sind dabei Produkte aus sozial und ökologisch vertretbarer Herstellung zu bevorzugen. Gleiches gilt für Produkte, die importiert werden. Bei der öffentlichen Beschaffung müssen gesicherte soziale und ökologische Kriterien im Mittelpunkt stehen. Produktgruppen wie elektronische Gerätschaften, die viele seltene Erden verbrauchen, Büromaterialien und Kleidung stehen für uns bei der Beschaffung gemäß Fairen Handels an erster Stelle.

Engagementförderung

Frage: Münster hat eine eigene Nachhaltigkeitsstrategie. Im Maßnahmenprogramm 2019 – 2022 wird unter dem Punkt „Globale Verantwortung im Handeln verankern“ als Maßnahme die Realisierung eines sogenannten „Haus der Kulturen / Eine-Welt-Hauses“ formuliert. Wie möchten Sie und Ihre Partei diese Vision für einen Ort der gesellschaftlichen und interkulturellen Begegnung konkret unterstützen? Sind Sie dafür Mittel im Haushalt dafür bereitzustellen?

Die in Münster zweifelsfrei vorhandene Willkommenskultur möchten wir zu einer Willkommensstruktur weiterentwickeln. Dazu gehörte für uns auch die Gründung eines selbstverwalteten „Hauses der Kulturen“. Zudem befürworten wir die Wahl eines*r ehrenamtlichen Bürgermeister*in mit dem Aufgabenschwerpunkt „Zugezogene aus dem Ausland“ durch den Integrationsrat der Stadt Münster. Die Migrantenselbstorganisationen (MSO´s) in unserer Stadt benötigen eine stärkere Förderung und Anerkennung. Dem Integrationsrat der Stadt Münster sind nicht nur mehr Eigenmittel zur Verfügung zu stellen, sondern ihm ist auch erheblich mehr Einfluss auf die kommunale Politik zu gewähren. Zudem sollen bevorzugt Bewerber*innen mit Migrationsvorgeschichte – bei gleicher Qualifikation – in der Verwaltung der Stadt sowie den öffentlichen, kommunalen Einrichtungen eingestellt werden. Vergleichbares gilt auch für die Zivilgesellschaft. In den Vereinigungen (von der Initiative über Verbände bis hin zu Parteien) sind zu wenige Menschen mit Migrationsvorgeschichte präsent. Besonders krass ist das Missverhältnis zwischen deutschstämmigen und Menschen mit Migrationsvorgeschichte in den Leitungsgremien.

Hilfe für Geflüchtete

Frage: Münster erklärte sich im Oktober 2019 zu einem „Sicheren Hafen“ für geflüchtete Menschen. Die Stadt verfügt aktuell über freie Aufnahmekapazitäten. Wie möchten Sie und ihre Partei sich dafür einsetzen, dass diese Erklärung konkret umgesetzt wird und Münster zusätzlich zur gesetzlich verpflichtenden Quote Menschen auf der Flucht aufnimmt, z.B. aus den griechischen Flüchtlingslagern? Welchen Beitrag sollte die Stadt Münster nach Ihrer Auffassung leisten, um mehr Menschen auf der Flucht zu helfen?

Münster steht als Friedensstadt in der Pflicht zusätzliche Flüchtlinge aufzunehmen. Münster ist auch vermögend genug, um die Aufnahme problemlos zu schaffen. Als Sofortmaßnahme möchten wir für jedes Jahr seit dem Abschluss des „Westfälischen Friedens“ einen Geflüchtete*n aufnehmen – also 372 Menschen, die auf der Flucht sind. Zudem setzen wir uns für aktive und finanzielle Unterstützung der privaten Seenotrettung – nicht nur im Mittelmeer – durch die Stadt Münster und ihre Einwohner*innen ein.

Gemeinwohl-Ökonomie

Frage: Die klassische kommunale Wirtschaftsförderung zielt auf Arbeitsplätze und Gewerbesteuer-Einnahmen.

Wie wollen Sie die Wirtschaftsförderung weiterentwickeln, damit Unternehmen ihre Verantwortung für das Gemeinwohl stärker wahrnehmen?

Wie möchten Sie und Ihre Partei in Münster Unternehmens-Ideen z.B. für die Sharing Ökonomie, für Kreislaufwirtschaft und Upcycling, für regionale und global faire Wertschöpfungsketten oder für die Nutzung erneuerbarer Energien unterstützen?

Wir stellen die Daseinsvorsorge für alle Einwohner*innen Münsters in den Mittelpunkt unserer Kommunalpolitik. Deshalb sind alle städtischen Kapitalgesellschaften in Eigenbetriebe umzuwandeln. Durch unserer Konzept „Kommune selbst verwalten“ sollen zukünftig die Einwohner*innen dauerhaft und unmittelbar in die Lage versetzt werden, auch zwischen den Wahlen über die Ausrichtung und Praxis der Eingenbetriebe entscheiden zu können.

Ein unbeschränktes Wachstum unserer Wirtschaft sowie unsere verbrauchsorientierte Lebensweise ist in einem von Natur aus begrenzten Lebensraum nicht möglich, ohne die Entwicklungschancen künftiger Generationen massiv zu beschneiden. Deshalb setzen wir auf lokale und regionale Kreislaufwirtschaft sowie dem Teilen von Gebrauchsgütern. Das Recyceln ist eine Grundlage dieses Systems. Wir setzen uns für eine Verpackungssteuersatzung zur Reduzierung des Plastikmülls ein, wollen das Urban Farming und Gardening fördern und die ökologische Bewirtschaftung auf allen im kommunalen Besitz befindlichen Agrarflächen zur Pflicht machen.

Selbstverständlich ist insbesondere für die Einkaufs- und Verwaltungstadt Münster auch das Erzielen von Steuereinnahmen durch die Wirtschaft von Bedeutung. Dazu wollen wir gerechte kommunale Steuerhebesätze einführen. Kommunal möchten wir zudem Soloselbständige und kollektiv geführte Unternehmungen unterstützen und ausgewählte Startups fördern. Schon lange erwerbslose Menschen möchten wir in kommunalen oder gemeinnützigen Betrieben, Einrichtungen und Vereinigungen unbefristet beschäftigen.

Frauenförderung

Frage: Als Spitzenkandidaten kandidieren in Münster ausschließlich Männer. Wie will Ihre Partei dazu beitragen, dass mehr Frauen öffentliche Ämter in Münster bekleiden? Auf welche Weise ermutigen und unterstützen Sie persönlich Frauen für politische Kandidaturen und Ämter?

Wir haben intensiv versucht, eine Kandidatin für das Amt der Oberbürgermeisterin zu finden. Zwölf Frauen haben wir direkt angesprochen. Eine war sogar bereit, für uns bei der Kommunalwahl anzutreten. Sie zog aber ihre Kandidatur wieder zurück.

Frauenförderung für öffentliche Ämter in Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft ist uns sehr wichtig. Dies wird auch an der Zusammensetzung unsere Direktkandidat*innen bei der Kommunalwahl deutlich. 18 Kandi-

datinnen (54,55 Prozent) und 15 Kandidaten treten am 13. September für die „Münster Liste – bunt und international“ an.

Wie wenig frauenfreundlich die Politik in Münster noch ist, wurde auch bei der Aufstellung unserer Listen deutlich, als viele Frauen – aus völlig unterschiedlichen, aber nachvollziehbaren Gründen – auf einen Listenplatz verzichteten.

Klima und Verkehr

Frage: Welche Maßnahmen schlagen Sie und Ihre Partei vor, um die kommunale Klimapartnerschaft mit Monastir weiterzuentwickeln?

Da die „Münster Liste – bunt und international“ bislang in den städtischen Gremien noch nicht vertreten ist, fehlen uns die notwendigen Informationen, um selbst Maßnahmen für die Weiterentwicklung der geplanten Klimapartnerschaft mit Münsters tunesischer Partnerstadt Monastir vorschlagen zu können. Aus öffentlichen Quellen wissen wir, dass die Klimapartnerschaft sich auf Abfallwirtschaft und Energieeffizienz beziehen soll. Da sehen wir noch viel Potential zu Erweiterung der inhaltlichen und praktischen Zusammenarbeit.

Frage: Die sozialen und ökologischen Folgen des Ressourcenabbaus für die Rohstoffe in Verbrennungs- als auch Elektromotoren sind enorm. Was bedeutet für Sie und Ihre Partei eine nachhaltige Mobilität?

Der Klimawandel betrifft Münster nicht nur, sondern wird durch unser tägliches Handeln in unserer Stadt sogar verstärkt. Wollen wir den Klimawandel bremsen, muss der Umgang mit den natürlichen Ressourcen und unser Umwelt und Natur sich umfassend verändern – auch in Münster.

Ein unbeschränktes Wachstum unserer Wirtschaft sowie unsere verbrauchsorientierte Lebensweise ist in einem von Natur aus begrenzten Lebensraum nicht möglich, ohne die Entwicklungschancen künftiger Generationen massiv zu beschneiden.

Es ist unsere Aufgabe die Natur- und Umweltressourcen für die nachfolgenden Generationen zu bewahren, die Artenvielfalt zu erhalten, die Kultur- und Landschaftsräume dauerhaft zu sichern und effektive Klimaschutz-Initiativen zu starten.

Nachhaltigkeit muss in allen (kommunalen) Politikfeldern mitgedacht werden. Auch in der Sozial- und Finanzpolitik muss in Münster Nachhaltigkeit an Bedeutung gewinnen. Dies insbesondere zum Wohl zukünftiger Generationen.

Dazu machen wir umfangreiche Vorschläge, insbesondere für die Mobilität: Vorrang für den Umweltverbund aus Fuß-, Rad- und Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) mit Bus und Bahn. In zwei Schritten machen wir die Innenstadt Münsters immissionsarm. Fahrzeuge mit Ver-

brennermotor dürfen mittelfristig nicht mehr in die Innenstadt. Den Gütertransport organisieren wir gemeinsam und kommunal. Dazu wird – vergleichbar mit dem Bussystem – ein Öffentlicher Güternahverkehr (ÖGNV) in Münster eingerichtet. Der Busverkehr in der Innenstadt wird kostenfrei nutzbar. Abbau von Verkehrsregelungen in der Innenstadt und Einführung von „shared spaces“ auf vielen Wegen und Plätzen. Senkung der Regelgeschwindigkeit in der Stadt auf 30 km/h beziehungsweise auf Schrittgeschwindigkeit im Umfeld von Einrichtungen für Kinder oder für Menschen mit Handicap und auf den genannten shared spaces. Wegfall aller kostenfreien Parkplätze. Ausstieg aus dem Kurzstreckenflugverkehr.

Nachhaltige Investitionen

Frage: Wie möchten Sie und Ihre Partei sich dafür einsetzen, dass auch Tochterunternehmen der Stadt, wie die Stadtwerke, Beteiligungen an klimaschädlichen Unternehmen und Industrien abstoßen und verbindliche ethisch-ökologische Anlagekriterien für zukünftige Investitionen festlegen? Wie werden Sie und Ihre Partei mit der Beteiligung der Stadtwerke als Hauptanteilseigner am Flughafen Münster-Osnabrück (FMO) umgehen?

Die Stadt Münster darf sich nicht – auch nicht aus finanziellen Gründen – an Unternehmen oder Industrien beteiligen, die nicht den sozialen oder ökologischen Standard für ein nachhaltiges Leben entsprechen. Wir werden darauf drängen, dass solche Beteiligungen beendet werden.

Wir fordern den Ausstieg aus dem Kurzstreckenflugverkehr. Auch der Flughafen Münster-Osnabrück wird weiterhin Fluggäste verlieren, weil sich unser Klima Kurzstreckenflüge einfach nicht mehr leisten kann. Die Ferienflieger sollen ebenso wie der Privat-, Linien-, Charter- und Frachtluftverkehr die Betriebskosten für den FMO aufbringen. In Westfalen (plus Calden in Hessen) gibt es zudem viel zu viele Flughäfen.

Umsetzung Integrationsleitbild

Frage: Am 3. April 2019 hat sich der Rat der Stadt Münster ein aktualisiertes Leitbild zu Fragen der „Migration und Integration“ gegeben.

Wo möchten Sie und Ihre Partei ansetzen, um die Ziele dieser Handlungsfelder mit langfristiger Wirkung in die Praxis umzusetzen? Wie möchten Sie und Ihre Partei „politische Mitbestimmung und Partizipation von Menschen mit Migrationsvorgeschichte auf allen inhaltlichen und administrativen Ebenen der Stadt fördern?

Einige Vorschläge haben wir schon zur Frage „Engagementförderung“ beantwortet. Deshalb möchten wir an dieser Stelle unser Konzept „Komune selbst verwalten“ vorstellen. Es ist grundsätzlich nicht auf Integration, sondern auf Inklusion angelegt, denn wir wollen die Vielfalt der Erfahrungen der Einwohner*innen Münster für alle nutzen.

In unserer Stadt gibt es eine hoch engagierte Zivilgesellschaft. Sie reicht von punktuellen Bürgerinitiativen über die Stadtteilarbeit in viele kommunalpolitisch relevante – aber natürlich auch überörtliche bis globale –

Aufgabenfelder. Allerdings haben diese Vereine, Gruppen und Initiativen wenig Einfluss und praktisch keine kommunalen Entscheidungsrechte. Die „Münster Liste – bunt und international“ tritt bei der Kommunalwahl an, um den Menschen durch ihre Vereinigungen direkten Einfluss auf die Entscheidungen in ihrem Lebensumfeld zu geben.

Das zivilgesellschaftliche Potenzial unserer Stadt kann genutzt werden, um in Münster die Kommunale Selbstverwaltung zur durch die Einwohner*innen selbst verwalteten Kommune weiter zu entwickeln. Die bestehenden kommunalen Selbstverwaltungsgremien – insbesondere die Fachausschüsse und Bezirksvertretungen – müssen gestärkt werden und zusätzliche Entscheidungsrechte sowie einen größeren eigenen Etat erhalten. Allerdings muss auch die Stadt Münster vom Land NRW mehr Ressourcen und Selbstverwaltungsrechte erhalten.

Konkrete Vorschläge sind:

- Einstieg in das Konzept „Kommune selbst verwalten“ mit mehr eigenständigen Beschlussfassungen in Fachausschüssen und lokalen Gremien der Einwohner*innen.
- Verstärkte Überlassung kommunaler Flächen und Einrichtungen in Selbstverwaltung durch offene, gemeinnützige, transparente, lokale Vereinigungen.
- Dezentralisierung der kommunalpolitischen Entscheidungen und der öffentlichen Verwaltung bei Erweiterung des Mitbestimmungsrechts der Einwohner*innen der Umlandgemeinden an Entwicklung Münsters.
- Erweiterung der Entscheidungsrechte der Bezirksvertretungen.
- Mehr kleinräumige Einwohner*innenbeteiligung durch Versammlungen und Befragungen. Frühere Information und Beteiligung der Einwohner*innen.

Mittelfristig möchten wir Quartiers- und Dorfräte (zum Beispiel für das Südviertel oder Roxel) einrichten, deren Mitglieder aus der Bewohnerschaft ausgelost werden. Jährlich sollen ein Drittel der Mitglieder neu ausgelost werden. Die örtlichen Räte sind bei allen sie unmittelbar betreffenden Entscheidungen maßgeblich einzubinden und müssen die maximale Möglichkeit an eigenen Entscheidungsrechten sowie ausreichende Ressourcen bekommen.



*Abschließend möchten wir betonen, dass wir – hoffentlich als Neue im Rat der Stadt Münster und seinen Ausschüssen und sonstigen Gremien – nicht alles „eins zu eins“ umsetzen werden können. Wir sind aber bestrebt, immer mit unseren Zielvorstellungen des klima- und menschengerechten Verkehrs in unserer Stadt zu agieren und hoffen, in einigen Fraktionen, Gruppen oder Einzelmandatsträger*innen Partner für die Umsetzung unserer Vorstellungen zu finden.*

*Als Kommunale Wähler*innen-Vereinigung wollen wir zu kommunalpolitischen Themen in engem Kontakt zu Initiativen, Vereinen und Bürger*innen Positionen entwickeln, die Münster wirklich zukunftsfähig machen: basisdemokratisch, nachhaltig, offen, sozial und schön!*

Münster, 20. August 2020

Für die „**Münster Liste – bunt und international**“ gemeinsam beantwortet von Werner Szybalski
und Wolfgang Bensberg.